

2. *Cleavage*-Struktur in Polen

Die soziostrukturellen Konfliktlinien werden als das konstituierende Element der Parteienbildung und ihre Intensität als Grundlage für die Struktur der Parteiensysteme angesehen. Die klassische Theorie von Lipset und Rokkan (1967), die ausführlich in Kapitel I präsentiert wurde, besagt weiter, dass die Strukturen der westeuropäischen Parteiensysteme primär diejenigen gesellschaftlichen Konfliktlinien reflektieren, die historisch auf die Prozesse der Nationswerdung und Industrialisierung zurückzuführen sind. Es wurden vier solcher *cleavages* genannt: Kapital vs. Arbeit, Stadt und Land (urban vs. rural), Kirche vs. Staat (religiös vs. säkular) und Zentrum vs. Peripherie, und es wird behauptet, dass sich diese Hauptkonfliktlinien seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht geändert haben. Obwohl die Persistenzthese angesichts der realen Parteiensystementwicklung seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts vielfach kritisiert wurde, hat dieser Ansatz nach wie vor eine bedeutende Stellung inne. Wichtige Erkenntnisse des Kapitels I waren, dass das Modell ein entwicklungssoziologisches Potential hat und offen für eine Adaption mit Blick auf neue Fragen ist. Nun gilt es, die Anwendbarkeit dieses Ansatzes zur Erklärung der Entstehung des polnischen Parteiensystems zu prüfen.

2.1. Besitzt das makrosoziologische Modell von Lipset/Rokkan einen Erklärungswert für Osteuropa?

Ist das Konfliktmodell von Lipset und Rokkan auf Osteuropa übertragbar? Die Meinungen hierzu sind kontrovers. Die Deutung der in den ostmitteleuropäischen Ländern wirksamen Konfliktlinien als Grundlage der sich ausbildenden Parteiensysteme schwankte anfänglich zwischen den widerstreitenden Annahmen der Kontinuitäts- und der Diskontinuitätshypothese.

Die Vertreter des Kontinuitäts-Ansatzes betonen, die graduelle Entwicklung von *cleavages* sei durch die autoritären kommunistischen Regime lediglich unterbrochen worden. Sie erwarten, dass sich nach dem Ende des Kommunismus das Muster der vorkommunistischen Parteiensysteme wieder durchsetzen werde. Die *freezing-These*¹³⁷ ist zur Analyse des Umbruchs in Osteuropa ausgiebig bemüht worden – so etwa zur Erklärung des virulenten Ethno-Nationalismus (Wandycz 1992: 270f).

Dennoch weist nichts in den Entwicklungen der Parteienlandschaften Ostmitteleuropas auf Rückkehr oder Restauration hin. Am wenigsten erfolgreich waren nämlich Wiedergründungen „historischer Parteien“ (Wightman 1995: 241). Einige hatten während des Sozialismus ein gleichgeschaltetes

Blockparteien-Dasein gefristet. Einzelne Akteure versuchten, Vorbilder der vorkommunistischen Vergangenheit wiederzubeleben und an vormals wirksame *cleavages* anzuknüpfen. Dem Griff in die historische Requisitenkammer haftete aber in den meisten Fällen eine Künstlichkeit an, die solche Neugründungsversuche von vornherein zur Kurzlebigkeit verurteilte (Segert 1994: 13-29). Die Wiederbelebung der traditionellen Bauernpartei mit Anknüpfung an die Tradition gelang nur der PSL, und dies auch nur begrenzt.¹³⁸

Verliert mit diesem Befund auch Lipsets/Rokkans makrosoziologisches Modell langfristiger Konfliktlinien seinen Erklärungswert für Osteuropa? Die Hypothese der „eingefrorenen Konfliktlinien“, wie sie in Westeuropa die Periode der 20er bis 60er Jahre überdauerten, macht nur innerhalb von Systemen mit langfristiger parteipolitischer Kontinuität Sinn. Sie für Ostmittel- und Osteuropa widerlegen zu wollen, lohnt nicht: „Wer hätte schon unterstellt“ - so Klaus von Beyme (1994: 291) – „dass vierzig Jahre Sozialismus spurlos (...) vorübergegangen seien.“ Die postkommunistische Parteienlandschaft stellt einen Neuanfang dar. Es fehlen bereits verfestigte („eingefrorene“) Konfliktstrukturen, die als Modell für einen neuen Parteienwettbewerb bereit gestanden hätten.

In diesem Sinne macht die Diskontinuitätsthese eine *tabula-rasa*-Annahme und versucht eine „Stunde Null“ zu belegen (Shabad/Stomczyński 1999). Hier argumentiert Glæßner (1994: 251ff) ganz entschieden, indem er darauf hinweist, dass man angesichts des realhistorischen Kontextes im derzeitigen Osteuropa nicht von einem evolutionären Entwicklungsmodell politischer Konfliktlinien à la Lipset/Rokkan ausgehen kann. Anders ausgedrückt: Die zwischen den Parteien entstehenden Konflikte und Auseinandersetzungen seien in erheblichem Maße Konflikte zwischen Elitegruppen, die noch nicht an einen realen gesellschaftlichen Interessenpluralismus gebunden seien. Ihnen liegen keine oder allenfalls rudimentäre gesellschaftliche *cleavage*-Strukturen im Sinne von Lipsets/Rokkans Theorie zugrunde.

Einen generellen Mangel an Interessendifferenzierung sehen viele Autoren als wesentliches Charakteristikum der postkommunistischen Gesellschaften an. Es wird betont, dass es kaum noch soziale Erwartungen an die Politik geben könne. Dieser Mangel wird nicht selten auf Hinterlassenschaften der kommunistischen Ära zurückgeführt. Bielasiak (1992: 201) meint, es sei ein Kennzeichen der kommunistischen Gesellschaften gewesen, den Sozialismus als eine einheitliche soziale Formation zu propagieren, in der Konflikte zwischen Individuen, Gruppen oder Klassen abgeschafft seien. Dies habe bei den Bürgern auch die Fähigkeit deformiert, eigene Interessen zu artikulieren. Andere Autoren sehen dagegen durchaus Segmente in den Gesellschaften, die als Basis für den neuen Parteienwettbewerb zur Verfügung stehen können. In dieser Perspektive gelten Wertekonflikte als die relevanten Bestimmungsgrößen der Politisierung nach dem Ende des

¹³⁷ Sowie bei dem Begriff *cleavage* ist auch beim Begriff *eingefrorenes Parteiensystem* das englische Original *frozen party system* gängig. Diese Variante der *freezing-these* vertritt z.B. Michael G. Roskin, hier zit. nach Mangott 1992: 107.

¹³⁸ Die Volks- bzw. Bauernpartei wurde in ihrer heutigen Form 1990 gegründet, bestand aber auch in der kommunistischen Zeit als Vereinigte Bauernpartei - Zjednoczone stronnictwo Ludowe, ZSL (sie hat typische Merkmale einer Blockpartei) und beruft sich auf die Bauernbewegung, die seit Ende des 19. Jahrhunderts die polnische Politik mitgestaltet hat. Vertritt heute die Interessen der Bauern gegenüber der Arbeiterschaft und dem städtischen Mittelstand. Mehr darüber siehe Kapitel III-5.5. *Die Standpunkte der polnischen Parteien, PSL.*

Kommunismus. Konfliktstrukturen können diesen Thesen zufolge vor allem eine soziokulturelle Basis finden.

Ekiert (1992: 356) vertritt die These, dass eine kulturelle Mobilisierung im ostmitteleuropäischen Kontext durchaus zu einer Variation in der europäischen Konfliktschematik führen könne. Wo Kristallisierungen von Interessen dazu tendierten, eher auf „verschiedenen“ Identitäten zu basieren als auf sozialen Interessen, dort müssten sich wirtschaftlich-soziale Polarisierungen nicht unbedingt wiederholen. Auch Klingemann (1994: 17) betont die gewichtige Rolle von Wertekonflikten in der postkommunistischen Umbruchphase. Es seien vor allem Werteinteressen, die den Kommunismus überdauert hätten und als erste Identifikationsmuster zur Verfügung stünden. Nach dem Ende des Kommunismus könnten sie nicht nur erste Orientierungen schaffen, sondern die Bürger auch polarisieren. In ähnlicher Weise betrachtet Markus (1994: 1167-1180) die politische Prägung nach dem Ende des Kommunismus. Hintergründe für Konflikte seien zunächst in den oppositionellen Mobilisierungen gegen die kommunistische Regime selbst zu finden gewesen: In Konflikten um Freiheit und Demokratie und um den Abbau der alten Systeme. Diese Konfliktlinie sei jedoch mittlerweile in den Hintergrund gerückt und später seien in Ostmitteleuropa andere, vor allem soziokulturelle, Spaltungslinien von Bedeutung.¹³⁹

Vor diesem Hintergrund wurden in neuesten Forschungsbeiträgen die diversen Konfliktlinien nach ihrer Dauerhaftigkeit bzw. nach ihrem künftigen Strukturierungspotential unterschieden. Inwieweit jedoch bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien in *effective political cleavages* umgesetzt werden, hängt auch und gerade im post-sozialistischen Kontext größtenteils von den (partei-) politischen Eliten ab (Tworzecki 1996: 158ff).

Entscheidend bei einer Einschätzung der Übertragungsmöglichkeiten und des Erkenntnisgewinns des *cleavage*-Modells von Lipset und Rokkan auf Osteuropa ist jedoch, welchen theoretischen Status man dem Modell zuschreibt. In einem Schlussbeitrag zur einer Länder- und Regionalstudie über das Verhältnis von gesellschaftlichen Konflikten und Parteiensystemen meint Eith (2001b: 322), dass man den *cleavage*-Ansatz zum einen als Demokratisierungs- oder Modernisierungsmodell, zum anderen aber auch als heuristisches Konzept zur Analyse demokratischer Parteiensysteme ansehen könne. Mit der Entscheidung für ein bestimmtes Verständnis des *cleavage*-Modells ist dann auch eine gewisse Vorentscheidung darüber verbunden, mit welcher konkreten Fragestellung und methodischen Ausrichtungen-, Übertragungs- und Anwendungsmöglichkeiten untersucht werden.

Aus modernisierungstheoretischer Perspektive steht der strukturelle Aspekt des Modells von Lipset und Rokkan im Vordergrund, also die Frage nach der Repräsentanz dieser vier zentralen Modernisierungskonflikte im entsprechenden Parteiensystem. Eine Einschätzung der Übertragbarkeit des Modells auf außerwesteuropäische Kontexte hängt dann davon ab, ob und in welchem Ausmaß sich in dem entsprechenden Land vergleichbare politisch wirksame Konfliktlinien in möglichst identischer Reihenfolge finden lassen. Wird demgegenüber das *cleavage*-Modell als heuristisches

¹³⁹ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die Endergebnisse dieser Arbeit die strukturprägende Kraft der soziokulturellen Konfliktlinien bestätigen.

Analysekonzept interpretiert, so sind Anzahl und Abfolge der Konfliktlinien keineswegs im Vorhinein zwingend festgelegt. Die Ausprägung eines Parteiensystems weist größere Freiheitsgrade auf.

Untersuchungsgegenstand ist hier vor allem der Übersetzungsprozess (*process of translation*) gesellschaftlicher Konflikte, also die Frage, ob und in welchem Ausmaß demokratische Parteiensysteme überhaupt Ausdruck gesellschaftlicher, in der Sozialstruktur verankerter Konfliktlinien sind (Eith 2001b: 322ff).

Im Folgenden wird ein Versuch unternommen, das Modell über den westeuropäischen Entstehungskontext hinaus auszuweiten und als deskriptives Analysekonzept für die Untersuchung der Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs und möglicher parteibildender Konflikte in Polen anzuwenden. Ausgehend von dieser Analyseperspektive stellt sich dann die Frage, auf welche Weise sich welche gesellschaftlichen Konflikte zu politisch wirkungsmächtigen *cleavages* umformen konnten bzw. können.

2.2. Abschwächung der alten Konfliktlinien und Entstehung neuer *cleavages*

Weder entwickelten sich die ostmitteleuropäischen Parteiensysteme nach 1989 auf der Grundlage politischer Muster der Vorkriegszeit noch war 1989 eine „Stunde Null“, in der alle Optionen offen gestanden hätten. Die politische Szene eroberten und dominierten bald „Parteien neuen Typs“, die ihre Wurzeln in der späten Phase des Staatssozialismus hatten und sich den Fragen der neuen Zeiten zuwandten (Segert 1996). Die Umwälzungen der traditionellen Sozial- und Wertestrukturen haben die Voraussetzungen für im wesentlichen neue interessenbezogene Konfliktlinien geschaffen, die sich in Politik kristallisieren müssen.

Die historischen *cleavages* haben ihre Substanz verloren und sind kaum mehr Restmuster, die zumeist nicht mehr von jenen Parteien artikuliert werden, die sie nach dem Ersten Weltkrieg repräsentierten. Die Parteien Ostmitteleuropas haben sich - anders als in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens - nicht entlang ethnisch-linguistischer Grenzen gruppiert (Wandycz 1992). Die Nachkriegsordnung der Siegermächte hat die ethnische Homogenität vieler osteuropäischer Gesellschaften deutlich erhöht.¹⁴⁰ Wie der Blick auf die ethnisch weitgehend homogenen Länder Polen, Slowenien und Ungarn zeigt, bedürfen xenophobe Parteien jedoch nicht unbedingt einer starken Minderheit innerhalb der Landesgrenzen. Nicht vergessen werden sollte auch, dass eine Reihe nicht extremistischer Parteien mit latent fremdfeindlichen Positionen werben und sich somit in nicht unbedeutendem Maße auf dem ethnischen *cleavage* bewegen (Beichelt 2001: 186). Die

¹⁴⁰ Polen bestand beispielsweise zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, in seiner ersten staatlichen Unabhängigkeit nach 150jähriger Teilung, nur zu 68,9 Prozent aus Polen, ein Drittel bildeten zusammengenommen die Ukrainer 13,9 Prozent, die Juden 8,9 Prozent, Weißrussen 3,1 Prozent und die Deutschen 2,3 Prozent. Im heutigen Polen leben 98,2 Prozent Polen in: Davies 1981: 871.

ethnisch-linguale Konfliktlinie ist nur in Ländern mit starken und konzentriert angesiedelten ethnischen Minderheiten relevant. Parteienbildend wirken ethnische Konflikte in Osteuropa heute nur noch in Rumänien, Bulgarien und der Slowakei, in keinem dieser Länder aber standen bisher ethnische Spannungen im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen (Stöss/Segert 1997: 396).

Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie wurde stark vom *ancien régime* und seiner marxistischen Ideologie heruntergespielt und war nur in der Frühphase der Parteiensystembildung bedeutsam. Gegenüber den Befunden von Lipset und Rokkan hat sich dabei heute die Substanz der Zentrum vs. Peripherie Konfliktlinie etwas verändert. Während Lipset/Rokkan (1990: 130) dieses *cleavage* noch über religiöse und sprachliche Konflikte herleiteten, wird bei Beyme (1997: 42) mit Nationalismus und Regionalismus argumentiert. Da im postsozialistischen Kontext ein ethnisch-linguales *cleavage* bedeutend genug ist, um getrennt aufgeführt zu werden, bleibt damit vor allem die regionalistische Komponente von Bedeutung. In der Frühphase der Systemwechsel traten „Hauptstadt“ – und Regionalparteien auf die politische Bühne. Der in der Regel nur wenige Monate in Anspruch nehmende Regimewechsel begünstigte die Etablierung von Parteiorganisationen in den Hauptstädten, so dass über ganze Parteiensysteme hinweg eine Unterrepräsentierung peripherer Interessen zu verzeichnen war (vgl. Beichelt 2004: 186). So spielte der Zentrum-Peripherie Konflikt keine erkennbare Rolle, sieht man vom Zerfall der Föderation in der Tschechoslowakei ab. Im Fall Polens können Parteien mit starker regionaler Verankerung vorrangig anderen Konfliktlinien zugeordnet werden, wie z.B. dem Stadt vs. Land *cleavage*.

Der Arbeit-Kapital Konflikt fand noch keinen hinreichenden Ausdruck. Es gab ein paar „Business-Listen“ in Bulgarien oder Polen, aber in der ersten Phase der Demokratisierung spielten die Kapitalinteressen in der Politik keine herausragende Rolle (Beyme 1997a: 40-41). Im Kontext der wirtschaftlichen Systemtransformation beinhalten die meisten politischen Konflikte eine sozioökonomische Komponente. Anders als bei der Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme lag der wichtigste sozioökonomische Konflikt im Postsozialismus jedoch nicht im Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern in der Spannung zwischen Bewahrung ökonomischer Strukturen und der Bestrebung zu einem schnellen oder graduellen Übergang zum Markt. Es fehlte nicht nur an der organisatorischen Unabhängigkeit der möglichen Konfliktparteien, die wegen der politischen Inkorporierung sowohl der Industriesektoren als auch der Gewerkschaften im ehemaligen Regime schwierig war. Vor allem hatten, solange die Privatisierung noch nicht endgültig durchgeführt war, Arbeitnehmer und Arbeitgeber häufig einhergehende Interessen. Nur über das Andauern staatlicher Subventionierung konnte der Schock der Marktöffnung abgeschwächt werden (vgl. Kubiček 1996: 42).

Eine ähnliche Konstellation herrschte im Agrarsektor. Die in den allermeisten postsozialistischen Ländern durchgesetzte Kollektivierung und Verstaatlichung der Landwirtschaft hatte über die Jahrzehnte vergleichsweise ineffiziente und am Markt kaum überlebensfähige Strukturen hinterlassen. Der Stadt-Land Gegensatz hat sich durch die Urbanisierung bereits auch vor dem Zerfall der kommunistischen/sozialistischen Staaten selbst im agrarischen Polen abgeschwächt. Der in der Zwischenkriegszeit in Osteuropa so markante Aufstieg der Agrarparteien (*green rising*) hat sich nicht wiederholt.

Der ebenfalls klassische Konflikt zwischen Kirche und laizistischem Staat ist z.B. im radikal dekonfessionalisierten Tschechien völlig bedeutungslos. In anderen Ländern wie in der Slowakei und in Ungarn, aber auch in den orthodoxen Staaten Rumänien und Bulgarien, konnte sich die Kirche keinen Einfluss sichern. In Polen hingegen treffen laizistisch-pluralistische Optionen auf einen stark verankerten Katholizismus, der hier auch mit dem politischen Einfluss der Kirche verbunden ist. Die Kirche als Symbol der nationalen Einheit hatte sich gegen den á religiösen Kommunismus etablieren können. Auf dem Weg zur Demokratie in Polen ist der katholischen Kirche ein bedeutendes politisches Gewicht zugewachsen, womit der religiösen Konfliktlinien in den ersten Wahlen tatsächlich eine große Bedeutung zukam.¹⁴¹ Insgesamt erscheinen im postsozialistischen Europa die Entwicklungschancen für christdemokratische Parteien jedoch geringer zu sein als im westlichen Europa. Die existierenden christdemokratischen Parteien bewegen sich jedenfalls eher auf der sozioökonomischen Konfliktlinie und stellen Fragen religionsbundendener Werte nicht in den Mittelpunkt ihrer Programmatik (Segert et.al 1997).

Die vier „klassischen“ westeuropäischen Konfliktlinien – Zentrum vs. Peripherie, Stadt vs. Land, Religion vs. Säkularer Staat, Kapital vs. Arbeit - reichen auf jeden Fall zur Beschreibung der Konfliktstrukturen in den Parteiensystem des osteuropäischen Parteiensystem nicht aus. Welche das Parteiensystemprägenden Interessenlagen bestehen also in den Ländern des postsozialistischen Europa? Diese Frage wurde mit der wachsenden Flut komparatistischer Publikationen besonders intensiv diskutiert (Beyme 1994a, Klingemann 1994, Evans/Whitefield 1993, Ágh 1994, Kitschelt 1992, 1995b, Stöss/Segert 1997, Merkel 1997b). Die Versuche der Anwendung des *cleavage*-Ansatzes auf Osteuropa zeigen auch sehr unterschiedliche Resultate. Einigkeit besteht darin, dass anstelle der historischen *cleavages* heute die neueren Konfliktlinien den politischen Wettbewerb bestimmen. Um herauszufinden, welche der Konfliktlinien sich als bestimmend für die Verortung der parteipolitischen Positionen in Polen identifizieren lassen, werden im Folgenden die Anwendungsversuche des *cleavage*-Ansatzes durch verschiedene Wissenschaftler in Bezug auf Osteuropa und Polen angeführt.

Mangott unterscheidet vier Hauptkonfliktlinien, die er als *issue*-Dimensionen mittlerer oder hoher Intensität bezeichnet: Sozioökonomische, religiöse, ethnisch-sprachliche und urban-rurale (Mangott 1992, 108). Klaus von Beyme schematisiert und gewichtet acht solcher Linien, die meistens von mehreren Parteien repräsentiert werden: Arbeit-Kapital, Stadt-Land, säkularisiert-religiös, Westlertum-Nationalismus, Zentrum-Peripherie, Postmaterialismus-Materialismus, Dezentralisation-Zentralismus und liberal-bürokratisch (Beyme 1997: 42).

Klingemann (1994: 113-138) hat die osteuropäischen Parteien anhand ihrer Programme in eine Dreierklassifikation eingeordnet: soziokulturelle Parteien (ethnischer, konfessioneller, bäuerlicher oder nationalistischer Ausrichtung), reform-kommunistische Parteien sowie neue Programmparteien (konservativer, liberaler, ökologischer oder sozialdemokratischer Orientierung). Diese Parteiotypen, so die Hypothese Klingemanns, unterscheiden sich durch ihren jeweiligen Grad an politisch-

¹⁴¹ Mehr über das Verhältnis Staat-Kirche in Polen im nächsten Kapitel III-2.3 *Die cleavage-Struktur in Polen. Der heutige Stand* sowie bei der Europadebatte im Kapitel III-4.2.

programmatischer Orientierungsleistung: Während die beiden ersten den osteuropäischen Gesellschaften bereits zu Beginn des Systemwechsels vertraut waren, waren die neuen Programmparteien weitgehend unbekannt. Für die erste Phase der post-sozialistischen Entwicklung eines Parteiensystems erwies sich vor allem der Gegensatz zwischen „(reform-) kommunistischen“ und „liberaldemokratischen“ Positionen als strukturprägend. Weißels und Klingemann haben diesen Transformationskonflikt als den *super-issue* der ersten Demokratisierungsphase bezeichnet (Weißels/Klingemann 1998: 16).

Stöss und Segert (1997: 398-401) charakterisieren die vorstehend aufgezählten Konflikte als im wesentlichen wertgebundene Modernisierungskonflikte, die auf dem Boden jeweils spezifischer, historischer Erfahrungen und in einem jeweils besonderen institutionellen Rahmen ausgetragen werden. Die politischen Auseinandersetzungen der postkommunistischen Gesellschaften seien aus einem fundamentalen Modernisierungskonflikt abzuleiten. Die Parteien gruppierten sich entlang einem Gegensatz zwischen Strukturkonservativen und Modernisierern, wobei Modernisierung hier nicht nur Wandel vom Kommunismus zur Marktwirtschaft bedeutet, sondern zugleich die nachholende Modernisierung im Sinne des Übergangs von der Industrie- zur postindustriellen Gesellschaft. Dieser Modernisierungskonflikt tritt in Gestalt folgender Konfliktlinien auf: In der politischen Sphäre geht es primär um die Entscheidung für demokratische, halb-demokratische oder autoritär-demokratische Strukturen und um die Kompetenzausstattung der Verfassungsorgane; in der ökonomisch-sozialen Sphäre geht es vor allem um das Verhältnis von Staat und Markt; weiterhin geht es um den Konflikt zwischen Traditionalismus und Verwestlichung sowie um den Konflikt zwischen (Post-)Kommunisten und Antikommunisten.

Glaeßner (1994: 260) verdichtet die beiden letzteren Konfliktlinien zu dem Gegensatz von Strukturkonservatismus und Modernisierung und gelangt zu folgender Gegenüberstellung: Staatsinterventionismus und politische Redistribution versus Allokation durch den Markt und Marktliberalisierung; nationale Wirtschaft versus Internationalisierung, Kooperation; Etatismus versus Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen, Entstaatlichung; autoritärer Korporatismus versus Autonomie; Klientelismus versus Chancengleichheit; Nationalismus versus (europäische) Integration und Assimilation von Minderheiten versus Bürgerrechte für Minderheiten.

Nach Kitschelt (1995 und 1999: 262-306) ist der Parteienwettbewerb in Osteuropa durch den Konflikt zwischen Marktwirtschaft vs. Staatsprotektionismus (dahinter verbirgt sich die klassische Rechts-Links-Achse) einerseits und libertär-kosmopolitisches versus autoritär-partikularistisches Politikverständnis andererseits geprägt. Beide Konfliktlinien werden als rechtwinklig aufeinander stehende Achsen, als politischer Raum, modelliert. In ihm lassen sich die Parteien, beispielsweise nach ihrer Programmatik oder nach den Orientierungen ihrer Anhänger, verorten.

Die Literatur weist viele derartiger Modelle auf¹⁴², die im Grunde genommen alle von der Annahme ausgehen, dass sich die wesentlichen Konflikte aus dem (ökonomischen) Transformations- und dem (politischen) Transitionsprozess herleiten: Umstritten sind Richtung und Geschwindigkeit des

¹⁴² Ein ähnliches Modell konstruieren Brokl/Mansfeldova 1995 für Tschechien: *Zerfall der Tschechoslowakei* und Kitschelt/Mansfeldova/Markowski/Toka 1999 et al: *Post-Communist Party System*.

Modernisierungsprozesses, insbesondere der Demokratisierung des politischen Systems und der Liberalisierung (Privatisierung) der Wirtschaft (Stöss/Segert 1997: 398).

Bei polnischen Sozialwissenschaftlern dominierten Anfang der 90er Jahre vor allem dreidimensionale Klassifizierungsversuche, in denen sich politische, ökonomische und kulturelle Aspekte kreuzten. Grabowska (1993: 13-30) z.B. hebt für Polen folgende Dimensionen hervor: die ökonomische (freier Markt vs. Staatsprotektionismus), die politische (das Modell der Regierung) und die geistige (die Beziehungen zwischen Staat und Kirche). Gebethner (1993: 28) verwendet drei andere Dimensionen: Rechts vs. Links, was für ihn ein Kriterium sowohl auf der ökonomischen Ebene als auch in der Dimension Nationalismus vs. pro-westliche Optionen darstellt. Als weiteres Kriterium unterscheidet Gebethner die Haltung von Parteien zum Problem der Dekommunisierung. Eine Mischung der beiden zuletzt genannten Einteilungen bietet Wiatr (1993: 397): Monetarismus vs. Antimonetarismus, Säkularismus vs. religiösen Fundamentalismus und Unterstützung vs. Ablehnung der Dekommunisierung. In einer empirischen Untersuchung fand ein Forscherteam um Jasiewicz heraus, dass zur Zeit der Wahlen von 1991 fünf unabhängige Dimensionen die politischen *cleavages* in Polen widerspiegeln: politischer und ökonomischer Liberalismus vs. Populismus, Säkularismus vs. Religiösität, Westorientierung vs. Nationalismus, politischer Autoritarismus vs. Demokratie und schließlich Dekommunisierung (Jasiewicz 1993: 398ff, 1995b). Eine ähnliche Ausdifferenzierung der Konfliktdimensionen bietet auch Wesolowski. Er unterscheidet zwischen fünf Hauptkonfliktlinien (wobei er die ersten drei als Ausarbeitung der soziokulturellen Frage beschreibt), die das polnische Parteiensystem durchkreuzen (Wesolowski 2000: 14):

- nationalistisch vs. universalistisch,
- konfessionell vs. säkular,
- autoritär vs. demokratisch,
- interventionistisch vs. klassisch liberalistisch,
- ausgrenzend vs. versöhnend in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Nach Markowski (2000: 40) haben die meisten Wissenschaftler ihre Thesen jedoch bezüglich der *cleavages*-Strukturen in Osteuropa und Polen zu voreilig gestellt und waren damit den angeblich zu beobachtenden Phänomen voraus. Für die Entstehung von *cleavages* sei vor allem Zeit nötig, Zeit, die zur Transformation der gesellschaftlichen Strukturen und deren neuer Konfiguration führt, die Zeit der Parlamentsperioden, die Zeit der Institutionalisierung des Parteiensystems und letztendlich das wichtigste: die Zeit für den Aufbau der gegenseitigen dauerhaften Verbindungen zwischen Eliten, Parteien und Wählern. Seine empirischen Befunde zeigen, dass das polnische Parteiensystem nach 15 Jahren Transformation und vier Parlamentsperioden von drei Metadimensionen und einem ideologischen Kontinuum polarisiert wird (Markowski, 2002: 153):

- Rechts vs. Links,
- Ökonomischer Liberalismus vs. ökonomischer Populismus,
- Religiosität vs. Säkularisierung,
- Nationalistischer Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung.

Tabelle 8 fasst die Ergebnisse der Durchsicht der Literatur nach den prägenden Konfliktlinien zusammen. Zur Ausbildung dauerhaft institutionalisierter Konfliktlinien (*cleavages*) kommt es dann, wenn politische Eliten entsprechende Konflikte aufgreifen und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des politischen Systems parteipolitisch umsetzen. Um herauszufinden, welche von den politischen Konflikten, die in der Sozialstruktur verankert sind, den heutigen Parteienwettbewerb in Mittel- und Osteuropa einschließlich Polen auf einer allgemeinen Ebene prägen und für die weiteren Untersuchungen angenommen werden können, werden die in der Literatur konsensual, genauer die in der Mehrheit genannten *cleavages* in der folgenden Analyse näher betrachtet. Festhalten lässt sich, dass eine Konfliktdimension von allen Autoren genannt wird, drei weitere von sechs bis acht der elf analysierten Autoren. Die erste ist die Konfliktlinie Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft, die anderen vier sind: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung (acht mal erwähnt), konfessionell vs. säkular und autoritär vs. demokratisch (beide sieben mal erwähnt) sowie Kommunismus vs. Antikommunismus (sechs mal erwähnt). Die drei übrig gebliebenen Konfliktlinien wurden lediglich ein- bzw. zweimal erwähnt. Dabei handelt es sich um die klassischen grundlegenden Spaltungen, die bereits in dem Konfliktlinienmodell nach Lipset/Rokkan erfasst wurden und die vor allem das westeuropäische Parteiensystem geprägt haben. Es sind die Konfliktlinien: Zentrum vs. Peripherie und Staat vs. Land (beide zweimal erwähnt) sowie Arbeit vs. Kapital (nur einmal als Konflikt durch Beyme als für Osteuropa verwendbar erwähnt).

Tabelle 8: Gesellschaftliche Konfliktlinien in Polen und Osteuropa. Klassifizierung nach Autoren

Konfliktlinien \ Autoren	Mangott	Beyme	Stöss/ Segert	Glaeßner	Kitschelt	Grabowska	Gebethner	Wiatr	Jasiewicz	Markowski	Wesołowski	Zusammen
Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung		X	X	X	X		X		X	X	X	8
konfessionell vs. säkular	X	X				X		X	X	X	X	7
autoritär vs. demokratisch		X	X	X	X	X			X		X	7
Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	11
Kommunismus vs. Antikommunismus			X	X			X	X	X		X	6
Zentrum vs. Peripherie	X	X										2
Arbeit vs. Kapital		X										1
Stadt vs. Land	X	X										2

2.3. Die *cleavage*-Struktur in Polen. Der heutige Stand

Um herauszuarbeiten, welche tiefgreifenden, identitätstiftenden Auseinandersetzungen, im Zuge des polnischen Demokratisierungsprozesses zur Herausbildung von politisch relevanten Milieus mit entsprechendem Vereinswesen und politischen Parteien geführt haben, werden im Folgenden die oben von verschiedenen Autoren hervorgehobenen Konfliktlinien näher betrachtet. Die jeweiligen *cleavages*, die nach dieser Analyse den aktuellen politischen Wettbewerb in Polen tatsächlich bestimmen, werden dann für die weitere Untersuchung der europapolitischen Positionen der Parteien herangezogen.

2.3.1. Die Dimension Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft

Die Autoren differieren untereinander in der Meinung über die Bedeutung der Dimension Staatsintervention vs. Marktwirtschaft, alle jedoch erwähnen sie als das polnische System polarisierende Konfliktlinie.

Mit der Ausbildung der Marktwirtschaft bestimmen immer stärker ökonomische Interessen die politische Einstellung und die Dynamik der Parteienlandschaft. Die Alternativen betreffen Tempo und Richtung der wirtschaftlichen Transformation: schrittweise, sozialverträglicher Weg in den Kapitalismus versus radikale marktwirtschaftliche Schocktherapie mit harten sozialen Folgen. Diese Konfliktlinie in der wichtigen verteilungspolitischen Dimension überlagert im tendenziell deindustrialisierten Osteuropa den klassischen Konflikt Kapital vs. Arbeit (Merkel 1997: 349). In Polen haben vier Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft eine nachwirkende Staatsfixierung hinterlassen. Die Parteien stehen vor einem Dilemma: Sie besetzen die Schaltstellen eines Staates, der die Entstaatlichung vorantreiben muss. Zugleich konkurrieren sie um Wählerschichten, die aus Gewöhnung den Staat als Ressource sehen. Die falsche Gleichheit im Staatsozialismus hat überdies zu einem tief verwurzelten Egalitätsempfinden geführt, weshalb sich die Erwartungen in puncto Lohn/Gehalt und Sozialleistungen meist immer noch an den Staat richten.

Als gesellschaftliche Interessenrepräsentation und Gegenwehr nur schwach entwickelt waren, haben Radikalreformer vom Schlage Balcerowicz die Gunst der ersten Stunde genutzt. Ihre Schocktherapien nahmen zwar schwere Anpassungskrisen in Kauf, schufen aber günstige wirtschaftliche Ausgangsbedingungen. Die heftigsten Konflikte um weitere Strukturreformen sind noch nicht abgeschlossen und die Umstrukturierung bestimmter Sektoren (Landwirtschaft, Schwerindustrie, Bergbau) wurde gerade erst begonnen. Hinzu kommt der Druck, sich an EU-Maßstäbe anpassen zu müssen. Die Entscheidungsträger in den Ländern, die sich um den EU-Beitritt bewerben, verfügen in vielen Politikfeldern über beschränkte Freiheitsgrade. Der *acquis communautaire* wird eben nicht verhandelt, sondern ist vorgegeben. Es geht um die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck des Binnenmarkts standhalten zu können. Deswegen sind die nationalen Regierungen bei

Entscheidungen bezüglich des Binnenmarkts, der Wettbewerbspolitik, der Energiepolitik, sowie der Finanz- und Geldpolitik stark eingeschränkt. Ein eher geringer Anpassungsdruck besteht im Bereich des Sozialstaats, wo die Regelungsdichte des *acquis* deutlich schwächer ist. Die Festlegung auf eine bis ins Detail vorgegebene Politik behindert die Entstehung und Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Konfliktlinien. Der Konflikt, der sich in Osteuropa zunächst nicht als Graben zwischen Arbeit und Kapital, sondern als Trennlinie zwischen der Befürwortung und Ablehnung des schnellen Übergangs zur Marktwirtschaft darbietet, kann sich auf der politischen Ebene kaum entfalten.

2.3.2. Die Dimension Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung

Die zwei meist genannte (erwähnt durch acht von zehn Autoren) Dimension nationalistisch vs. universalistisch (*Nationalismus vs. Westernisierung, Nationalistischer Traditionalismus vs. Verwestlichung*) bezieht sich auf die Haltung der Parteien zu den nationalen Traditionen und den vermeintlichen nationalen Interessen gegenüber einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische universalistische Muster. Es handelt sich um eine ideologische und soziokulturelle Konfliktlinie, die auf eine anhaltende Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Zivilgesellschaft, wie sie in den westlichen Demokratien existiert, und den natiozentrischen Traditionalisten verweist. Die Idee einer Einbindung in das westliche Gesellschaftsmodell und die Integration in die euro-transatlantischen Institutionen konkurrieren mit dem Wunsch nach traditioneller Identität und Renationalisierung.

Wie bereits erwähnt (Kapitel II-2.1) betonen viele Autoren die bedeutende Rolle von Wertekonflikten in der postkommunistischen Umbruchphase: Sie stünden als erste Identifikationsmuster zur Verfügung (Klingemann 1994: 17). Politisierende Intelligenz-Gruppen und intellektuelle Subkulturen, nicht jedoch verschiedene Interessengruppen waren für viele Parteigründungen maßgeblich. Die Parteien sprachen viel über Werte und wenig über konkrete Interessen, die sie vertreten wollten (Berndt 2001: 165). Ethisch-fundamentalistisch gefärbte Gruppierungen stilisierten politische Konflikte zu nationalen Schicksalsfragen. Mit der Intensivierung der Verhandlungen Polens mit der EU nahm diese Konfliktdimension wieder eine wichtige Rolle in der politischen Debatte ein (Szawiel 2001, Sielski 2001). Skotnicka-Illasiewicz (1995: 81) geht sogar weiter und meint, dass sich in der Stellungnahme zu den Integrationsprozessen besonders deutlich Differenzen in den Konzeptionen der Transformationsprozesse und der Richtung der Staatsentwicklung zeigen. Nach Markowski (2002: 31) gewann nach der Parlamentswahl 2001 von den soziokulturellen Aspekten (Religiosität vs. Säkularität und nationalistischer Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung), die beide das polnische Parteiensystem am stärksten polarisiert haben, die Konfliktlinie nationalistischer Traditionalismus vs.

kosmopolitische Öffnung noch an Bedeutung und nahm mit dem näher heranrückenden Beitritt Polens zur EU eine wichtige Rolle in der politischen Debatte ein.¹⁴³

2.3.3. Die Dimension konfessionell vs. säkular

Die Dimension konfessionell vs. säkular wurde von sieben der zehn Autoren genannt. Sie ähnelt in einigen Aspekten der Dimension Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung, ist aber nach Meinung vieler Autoren (Wesołowski 1995, 2000, Grabowska 1993, 2002, Szawiel 1996) unabhängig von ihnen zu sehen. Es geht um eine privilegierte Rolle katholischer Prinzipien und die Anwendung des katholischen Moralkodex im öffentlichen Leben. Eine entgegengesetzte Haltung bevorzugt einen neutralen, säkularen Staat, in dem die katholische Kirche keine Privilegien genießt und sich ihr Wirken ausschließlich auf religiöse Angelegenheiten beschränkt.

Erstaunlich ist, dass sich in Polen mit seiner starken kirchlichen Tradition bisher keine christlich-demokratische Kraft auf breiter Front durchsetzen konnte. Der auf den ersten Blick paradoxe Grund liegt für Berndt (2001: 166) gerade darin, dass der Katholizismus in Polen stärker als anderswo gesellschaftlich verwurzelt ist. Es besteht kein Bedürfnis, ihn auf eine politisch-programmatische Ebene zu befördern. Hinzu kommt eine gewisse Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer allzu direkten Einmischung der gesellschaftspolitisch konservativen Kirchenführung in die Politik. Wie in den westeuropäischen Ländern lag in Polen und den anderen Ländern Mittel und Osteuropas in den neunziger Jahren der Anteil derer, die eine Beeinflussung der Wahlen durch religiöse Führer ablehnten, bei mehr als 75 Prozent.¹⁴⁴ Gerade in Polen musste die katholische Kirche schmerzhaft erleben, dass ihre politischen Empfehlungen trotz der Zugehörigkeit fast der gesamten Bevölkerung zur Kirche nicht angenommen wurden und die Mehrheit ihre politischen Entscheidungen geradezu im Gegensatz zu den kirchlich ausgegebenen Richtlinien traf.¹⁴⁵ Die Mehrheit der Menschen, so ergab eine Bevölkerungsbefragung von 1995 in Polen, wollte sich in Fragen der Politik, der Kindererziehung, der Moral, der Sexualität nicht nach den Maßgaben der Kirche richten, sondern eigenverantwortlich über ihr Verhalten entscheiden (OBOP, K132/95). Nach der Abtreibungsregelung, dem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, dem Abschluss des Konkordats und der Debatte um die polnische Verfassung kam es zu einem „religiösen Frieden“. Dies begünstigte die Schaffung eines scheinbar paradoxen Modells der Staat-Kirche-Beziehungen, das Grabowska (2002: 137) als Trennung von Kirche und Staat bei gleichzeitiger Präsenz der Religion und der Kirche in der öffentlichen Sphäre bezeichnet hat. Dieses Modell erfreut sich einer mehrheitlichen Befürwortung durch die Bevölkerung, seine politischen Grundlagen scheinen jedoch schwach zu sein. Dies zeigte sich unter anderem in den Parlamentswahlen 2001 und der Diskussionen um den EU-Beitritt, in

¹⁴³ Vgl. dazu: Szawiel 2001, Sielski 2001; Skotnicka-Illasiewicz 1995, 2001; Markowski 2003.

¹⁴⁴ Vgl.: International Social Survey Programme 1991 und 1998, in: *Variable*, 27/1991, bzw. 25 / 1998.

¹⁴⁵ Die Wahlanalysen hatten ergeben, dass eine offene Unterstützung durch die Kirche den Parteien und wohl auch dem Ansehen der Kirche eher schadet als nutzt. Siehe detaillierte Analyse von Grabowska 2002: 101-146.

Parlamentsdebatten über die europäische Verfassung oder über die Nichtantastbarkeit der souveränen Kompetenzen des Staates im Bereich der Kultur und Moral. Auf beiden Seiten gibt es Akteure, die ein Interesse haben, diesen *modus vivendi* zu untergraben.

Die Bedeutung dieser Konfliktlinie in der polnischen Gesellschaft konnte man anhand der Ergebnisse der Analyse von Jasiewicz (2002: 98) messen. Er kam in seinen empirischen Untersuchungen der politischen Präferenzen der polnischen Gesellschaft zu folgendem Ergebnis:

Zur Zeit jedoch, in Polen Anfang des 21. Jahrhunderts, sollten wir den Wähler nicht nach seinem Beruf, seiner Ausbildung oder der Größe seines Geldbeutels fragen, sondern danach, wie oft er den Rosenkranz betet. Nur dann können wir abschätzen, wie jemand in den letzten Wahlen gewählt hat oder wie er in den nächsten Wahlen abstimmen wird.

2.3.4. Die Dimension autoritär vs. demokratisch

Die Wichtigkeit dieser Dimension wurde ähnlich wie die religiöse Dimension auch durch sieben von zehn Autoren betont. In der Phase der staatlichen Neugründung ging der Streit nicht nur um die "wahren" Symbole und Traditionen, sondern auch um Ordnungsprinzipien und Politikstile: *autoritär vs. demokratisch* sowie um die Verfassungsfragen, wem wie viel Macht zuzugestehen sei. Dahinter verbirgt sich die Diskussion Zentralismus vs. Dezentralisierung. In Polen waren es Konflikte um die Kompetenzen wichtiger Institutionen, insbesondere um das Kräfteverhältnis zwischen Präsident und Regierung bzw. Parlament. Als alternative Vorschläge standen sich einerseits ein starkes Präsidialsystem mit weitgehenden exekutiven und legislativen Befugnissen des Präsidenten und andererseits ein parlamentarisches System mit einem Ministerkabinett gegenüber. Diese Diskussion wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes am 2. April 1997 abgeschlossen. Die Verfassung schafft rechtliche Voraussetzungen für die Gestaltung und Konsolidierung der demokratischen Gesellschaft und einer demokratischen, leistungsfähigen und verantwortlichen Staatsgewalt. Die Vorbilder werden aus dem Konstitutionalismus der westlichen Demokratien, vor allem Deutschlands, aber auch Frankreichs, Spaniens und anderer Länder geschöpft. Die Chance, eine demokratische und stabile Macht zu sichern, hat in Polen das in der Verfassung angenommene parlamentarische Kabinettsystem mit dem klar bestimmten Grundsatz der ausschließlichen politischen Verantwortung der Regierung vor dem Sejm. Die Verfassung der Republik Polen ist eine moderne Verfassung, die sowohl in der polnischen Tradition der Gesellschaftsordnung als auch in der Errungenschaft des europäischen konstitutionellen Gedankens verankert ist. Sie stützt sich auf gesamthumanistische Grundwerte und erkennt als Quelle der Freiheiten und Rechte des Menschen und Bürgers die angeborene und unveräußerliche Würde des Menschen an. Zweifellos entspricht sie den Standards des modernen europäischen Konstitutionalismus (Moldawa 2001: 36).¹⁴⁶

¹⁴⁶ Siehe auch: Sulek 2000: 247-256. Text der Verfassung auf Deutsch in: Sulowski/Wojtaszczyk 2001: 186-235.

2.3.5. Die Dimension Kommunismus vs. Antikommunismus

Der politische Systemkonflikt *Kommunismus vs. Antikommunismus*, Fortbestand des *ancien régimes* und seiner Nomenklatura versus umfassende Demokratisierung und Etablierung neuer Machteliten (erwähnt durch sechs von zehn Autoren) dominierte vor allem in der ersten Gründungswahl 1989. Das jahrzehntelang gültige Konfliktmuster „wir“ (die Beherrschten) vs. „die da oben“ (die Fremdherrscher) hat seine Wurzeln in den Erfahrungen der jahrhundertelangen Teilung des Landes, deutscher und sowjetischer Okkupation und anschließender Einverleibung in den sowjetischen Machtbereich.¹⁴⁷ An diesen Antagonismus knüpfte der gesellschaftliche Protest unter Führung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* an: Es ist ein nationaler, solidarischer Widerstand gegen eine als fremd empfundene kommunistische Herrschaft. Seinem Selbstverständnis nach war das patriotische Polen im Widerstand gegen die von Moskau ferngesteuerten Marionetten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PZPR vereint (Mildenberger 2000: 26).

In der Umbruchsphase stritt man vehement um die Überprüfung der „öffentlichen Personen“ hinsichtlich deren Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten des alten Regimes (*lustracja, lustration politics*) sowie um die sogenannte „Dekommunisierung“ der Strukturen des Staates. Anders als die Tschechoslowakei und die DDR hatte sich Polen unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus für eine Taktik des „dicken Strichs“ unter die Vergangenheit entschieden. Zwar wurden der alte Staatssicherheitsdienst aufgelöst und die Urteile von politischen Prozessen aus der stalinistischen Zeit (1944-1956) für ungültig und die Repression jener Zeit zum Völkermord erklärt, damit sie nicht unter die Verjährung fielen. Eine generelle Überprüfung auf eine Geheimdiensttätigkeit, die die Kontrolle auf hohe Positionen in Staat und Wirtschaft beschränkte, lehnte sowohl die Mazowiecki- als auch die Bielecki-Regierung ab.¹⁴⁸

Das Thema sorgte jedoch immer wieder für politischen Zündstoff. Losgelöst von einer Sachdebatte über Voraussetzungen, Ziele und auch Grenzen einer Vergangenheitsbewältigung diente die Diskussion aber tatsächlich nur zur Vergiftung des politischen Klimas: Mit der alten Nomenklatur und den sie „deckenden *Solidarność*-Gruppen“ wurde ein innerer Feind projiziert, der angeblich die weitere Entwicklung behinderte und einseitiger Nutznießer der Marktwirtschaft war (Hirsch 1994: 74). Nach den Agenten-Affären unter der Regierung Olszewski, später Oleksy, verlor das Thema immer mehr an politischer Relevanz. Als Streit um die Vergangenheitsbewältigung wird er jedoch nicht selten weiterhin ideologisch und machtpolitisch instrumentalisiert.¹⁴⁹ Die politische Klasse in Polen scheint vorerst zu keinem historischen Kompromiss bereit zu sein, um den Graben zwischen dem postkommunistischen und dem Post-*Solidarność*-Lager einzuebnen. Die Regierungskoalition zwischen UP und SLD stellt hier eher eine Ausnahme dar und signalisiert mögliche Kooperation.¹⁵⁰

¹⁴⁷ Mehr darüber: Suleja 1994: 227-241.

¹⁴⁸ Eine ausführliche Analyse hierzu siehe: Calhoun 2002, auch: Darski 1993.

¹⁴⁹ Als Beispiel solcher Instrumentalisierung siehe der Schlagabtausch zwischen die SLD und AWS Parlamentariern während der Parlamentsdebatte über die EU im Kapitel III-4.2. *Europadebatte in Polen*.

¹⁵⁰ Auch wenn die politischen Lager und Politiker selbst sich immer noch voneinander nach der Parteimitgliedschaft oder *Solidarność* Zugehörigkeit abgrenzen, für das Gros ihrer Wähler spielt das so gut wie keine Rolle mehr. Den Umfragen zufolge spielt für 66 Prozent der Befragten eine einstige Mitgliedschaft in der

Markowski (2002: 153) bezeichnet diesen Konflikt als Transitionskonflikt zwischen alten und neuen Eliten und schlägt vor, das Kommunismus vs. Antikommunismus *cleavage* unter der soziokulturellen Dimension, die die Beziehung zur Religion, Tradition und Vergangenheit beinhaltet, zu subsumieren.

2.3.6. Die klassischen Dimensionen

Mangott und Beyme verwenden zusätzlich die „klassischen“ den westeuropäischen Parteiensystemen zugrundeliegenden Konfliktlinien: Zentrum vs. Peripherie, Stadt vs. Land und Arbeit vs. Kapital. Beyme meinte, das Fehlen einer parteiorganisatorischen Wiederanknüpfung hieße nicht, dass alle Konfliktlinien neu wären. Diese traditionelle *cleavages* – wie bereits erwehnt¹⁵¹ - hätten auch in Bezug auf Polen an Bedeutung verloren: Der Stadt-Land Konflikt hatte in Polen traditionell eine große Bedeutung gehabt. Der reale Sozialismus hatte jedoch die Urbanisierung so forciert, dass dieser *cleavage* sich milderte (Beyme 1994: 290). Die polnischen Bauernparteien - PSL und auch Samoobrona - versuchen zwar, einen Stadt-Land Konflikt anzudeuten, was aber eher Ausdruck von Klientelpolitik sein dürfte.

Andere Konfliktlinie wie Arbeit vs. Kapital waren anfangs noch nicht entwickelt. In der ersten Phase der Demokratisierung – vor der Konsolidierung – spielten die Kapitalinteressen in der Politik noch keine herausragende Rolle. Selbst die Vertretung des Faktors Arbeit schien unterentwickelt. Beyme meint, dass die Unterrepräsentation der Arbeiter während ihres vorübergehend „bürgerlichen“ Wahlverhaltens war für die Konsolidierung des Systems sogar die gewichtigste Fehlentwicklung überhaupt (Beyme 1994a: 288). Die polnischen Wahlen vom September 1993 zeigten, dass die Repräsentation der Arbeiterinteressen zunehmend durch die Reformkommunisten mit ihrem Appell an die Verlierer der Transformation vertreten wurden oder dass die integrierende Forumspartei *Solidarność* nur dort eine Chance hatte, wo sie sich, wie die Union der Arbeit (UP) als neue sozialdemokratische Kraft gerierte. Über die Zeit hat sich dieser traditionelle Klassenkonflikt in einen wirtschaftspolitischen Konflikt zwischen reiner Marktorientierung und ausgebauter Sozialstaatlichkeit transformiert. Dem Konflikt Zentrum vs. Peripherie wurde offensichtlich durch den Konflikt *Ancien régime* vs. Transformation überlagert und wird heute keine große Bedeutung beigemessen. In Polen schien das Wahlverhalten nicht von diesem *cleavage* geprägt zu sein. Jedoch ist eine Bedeutungszunahme dieser Konfliktlinie gerade angesichts der voranschreitenden europäischen Integration keineswegs ausgeschlossen.

PZPR oder der *Solidarność* keine oder keine größere Rolle bei der Einschätzung eines Politikers. Nur 20 Prozent erklärten, sie würden ihre Bewertung der Person von der Biographie abhängig machen. Auf die Frage nach der gegenwärtigen Vertrauenswürdigkeit von Politikern mit *Solidarność*- oder Parteibiographie sprechen nur 17 Prozent der Befragten den ehemaligen Oppositionellen ein größeres Vertrauen aus. 12 Prozent vertrauen eher den ehemaligen Parteimitgliedern, für 49 Prozent gibt es keinen Unterschied. Demoskop Mai 2001.

¹⁵¹ Vgl.: Kapitel III 2.2. *Abschwächung der alten Konfliktlinien und Entstehung neuer cleavages*

2.3.7. Die Rechts-Links-Dimension

Höchst umstritten ist in der Literatur eine Zuordnung der politischen Parteien in Polen entsprechend dem in westlichen Gesellschaften gängigen Rechts-Links-Schema, das in postkommunistischen Gesellschaften nur teilweise zutrifft (Markowski 1997b, 2000b, Szawiel 2002, Mildenberger 2000). Die Einordnung politischer Parteien in eine Links-Recht-Dimension stößt in Polen aufgrund der sozialstruktureller Faktoren und der politischen Kultur des Landes auf enge Grenzen und ist nur teilweise zu vollziehen. Folge davon ist auch innerhalb der einzelnen Segmente des Parteiensystems oder der bisher amtierenden Regierungskoalitionen ein relativ hoher Kontroversitätsgrad. Traditionell werden politische Parteien an einer Achse eingeordnet: Von links beginnend können auf dieser Achse die Parteien entsprechen ihrer programmatischen Orientierung folgendermaßen von Links nach Rechts geordnet werden: die kommunistischen, dann nationalistisch-sozialistische, sozial liberale, liberale, konservative u.s.w. Auffällig ist, dass sich diese Werthaltungen in Polen in einer anderen Weise als in westeuropäischen Parteiensystemen verbinden. Es fehlt zwischen den einzelnen Dimensionen innerhalb einer Partei oft eine gewisse logische Übereinstimmung. Je nachdem, ob es sich um die politische, ökonomische oder kulturelle Ebene betrachtet wird, sind Parteien, Parteigruppierungen oder einzelne Personen in verschiedenen, scheinbar unvereinbaren Lagern wiederzufinden.¹⁵²

Bezüglich der politischen Ebene sind alle linken politischen Projekte sehr stark durch das Ziel einer umfassenden Verwirklichung gesellschaftlicher Gleichheit dominiert. Politisches Programm der Rechten dagegen ist die Herstellung oder Aufrechterhaltung und die Verteidigung einer solchen gutgeordneten, hierarchischen Ordnung in der Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen klar definierten Platz erlangen kann. Die ökonomische Ebene einer solchen Unterscheidung spiegelt das Verhältnis der politischen Akteure zur Wirtschaftsordnung und zur politischen Einflussnahme auf deren Bedingungen wider. Die rechte Orientierung begründet ihr Konzept mit dem Verweis auf „heilige Prinzipien“ der Freiheit und des Eigentums. Für eine linke Orientierung steht das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund. Die Differenzierung auf kultureller Ebene erwächst aus unterschiedlichen Herangehensweisen an traditionelle soziale Gruppen und Symbole wie Familie, Volk oder Religion und deren Ausübung. Eine rechte Orientierung betrachtet diese Symbole als die entscheidende Grundlage jeder gesellschaftlichen Ordnung. Familie-, Religions-, und nationale oder ethnische Zugehörigkeiten bestimmen den Rahmen der gesellschaftlichen Verantwortung jedes einzelnen und die Grundsätze der Teilung einer gesellschaftlichen Gruppe in das Eigene und das Fremde. Dagegen betont eine linke Orientierung die allgemeinemenschlichen Qualitäten und Bindungen (vgl.: Wojtaszczyk 1995).

Bei einer Analyse der rechten und linken Lager im polnischen Parteiensystem kann keine für alle drei Ebenen durchgängig stimmige Zuordnung von Parteien auf linke oder rechte Positionen festgestellt werden. In der Zuordnung der Positionen einer Partei in den verschiedenen Dimensionen

¹⁵² Ausführlich darüber: Szawiel 2002: *Podział na lewicę i prawicę w Polsce po 1989; (Aufteilung in Rechts und Links in Polen nach 1989)*, Warszawa.

auf der Rechts-Links-Achse treten Widersprüche auf (Szawiel 2002, Mildenberger 2000, Wojtaszczyk 1996). So verbinden sich in Polen häufig marktwirtschaftliche Orientierungen mit gesellschaftlichem Liberalismus auf der einen und "law and order"-Positionen mit staatlichem Interventionismus auf der anderen Seite (Dieringer 1998: 654f). Beispielsweise gibt es in Polen politische Gruppierungen wie die AWS, die sich „rechts“ im Sinne nationalen, kirchlichen und antikommunistischen Gedankengutes positionieren, aber in ihren sozialen Forderungen „links“ als Arbeitnehmerorganisation auftreten. Ähnlich die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN), die bezogen auf die kulturelle Dimension deutlich konservative, wenn nicht gar reaktionäre Positionen einnimmt, in ihrer Wirtschaftspolitik jedoch versucht, den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu wahren. Und in der SLD, die weltanschaulich eindeutig links, insbesondere antiklerikal steht, existiert ein an wirtschaftlicher Effizienz orientierter Flügel, der eher rechte Züge trägt.

In diesem Sinne hat der ungarische Politikwissenschaftler Ágh auf die Gefahr hingewiesen, die aus einer voreiligen Übertragung (westlicher) Modelle und Methoden der Parteienforschung und bisheriger Erfahrungen erwachsen kann (Ágh 1992: 15f). Wojtaszczyk (1996: 149) hat hierzu die Frage gestellt, ob ein für konsolidierte Demokratien gebräuchliches Einteilungsschema wie der Eintrag von politischen Akteuren auf eine eindimensionale Rechts-Links-Achse für die politische Szene Polens nach 1989 ein effektives Verfahren der Beschreibung sei.

Andererseits, wie es die neuesten, sehr detaillierten und empirischen Untersuchungen, sowie ausführliche Analysen zeigen (Pańkowski 1997, Szawiel 2001, 2002), kann diese Aufteilung sehr wohl als ein effektives Instrument für die Beschreibung der politischen Szenen genutzt werden. Im Gegensatz zu den westlichen Ländern jedoch ist für die Einordnung auf der Rechts-Links-Achse vor allem die Beziehung zur kommunistischen Vergangenheit und ihren Institutionen (Parteizugehörigkeit, Bewertung der Volksrepublik-Periode, Dekommunisierung), die Einstellung zur Demokratie und der demokratischen Umstellungen nach 1989 sowie zu Tradition und Religion bedeutend. Nach Szawiel (2001: 265) funktioniert das Rechts-Links-Schema gut als Instrument für die Orientierung in der politischen Sphäre und für die gesellschaftliche Kommunikation.

2.4. Zusammenfassung

Zusammenfassend bestimmen heute in Polen anstelle der historischen *cleavages*, die ihre Substanz verloren haben und mehr und mehr transformiert oder überlagert sind, vor allem neuere Konfliktlinien den politischen Wettbewerb, die zur der Institutionalisierung des Parteiensystems und zum Aufbau der gegenseitigen dauerhaften Verbindungen zwischen Eliten, Parteien und Wählern führen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass die einzelnen Konfliktlinien zu verschiedenen Zeiten eine unterschiedliche Bedeutung aufwiesen. So dominierte anfangs, vor allem bei den ersten Wahlen,

noch der "Systemkonflikt" Kommunismus vs. Antikommunismus, der Konflikt um die Kontinuität der politischen und ökonomischen Präsenz verschiedener alter Elitengruppen in der Transformation und im künftigen neuen System, heute weit überholt und in abgeschwächter Form als Streit zwischen alten und neuen Eliten, oft ideologisch und machtpolitisch instrumentalisiert, zu finden. In der Phase der staatlichen Neugründung ging der Streit nicht nur um die "wahren" Symbole und Traditionen, sondern auch um Ordnungsprinzipien und Politikstile. Diese Diskussion wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes am 2. April 1997 abgeschlossen.

Zeitlich gesehen traten nach der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit und der Phase der Staatsneuordnung die Konflikte über sozioökonomische Transformationsstrategien, die sich in Polen in der Befürwortung oder Ablehnung des Balcerowicz-Plans äußerten, in den Vordergrund. Die ökonomische Dimension gewann im Lauf der Zeit, im Zusammenhang mit den sozialen und wirtschaftlichen Reformen, an Bedeutung. Jedoch konnte man entgegen den Erwartungen, dass die ökonomischen Determinanten vor allem zu einer Grundlage des Wahlverhaltens werden würden (Wnuk-Lipiński 1993, Kitschelt 1992, Evans/Whitefield 1993), in der letzten Dekade keine anwachsende Bedeutung der ökonomischen Fragen feststellen (Grabowska /Szawiel 1993, 2001, Markowski 1997, 2002, Raciborski 1997, Tworzecki 1996). Dieses mag in Polen mit dem Konsens, der nach wie vor über die wichtigsten ökonomischen Fragen (Arbeitslosigkeit und Sozialwesen) herrscht, zusammenhängen (Markowski 2002: 160).

Aus der Analyse ergibt sich, dass der aktuelle politische Wettbewerb in Polen vor allem durch die Frage nach der Haltung zu den nationalen Traditionen und den nationalen Interessen gegenüber einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische universalistische Muster und die Bedeutung der christlichen Werte im öffentlichen Leben sowie durch die Frage nach der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik bestimmt wird. Darüber hinaus werden in die folgende Untersuchung über den Einfluss von *cleavage*-Strukturen auf die polnischen Parteien und deren EU- Positionen folgende Konfliktlinien aufgenommen:

1. Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung,
2. konfessionell vs. säkular,
3. Staatsintervention vs. freie Marktwirtschaft.

Es werden die polnischen Parteien hinsichtlich ihrer *cleavage*-Positionen untersucht und deren Standpunkte (Parteiprofile) anhand ihrer Verwurzelung in den unterschiedlichen *cleavage*-Strukturen dargestellt.